

gabe des Praktikers und der politischen Kämpfer wird es sein, in diesem Sinne zu wirken. Man hat der Sozialdemokratie vielfach vorgeworfen: Ja, ihr habt bei den ersten Gesetzen nicht mitgemacht! Wer das behauptet, der lügt! (Sehr richtig!) Der erste, der im Deutschen Reichstag angeregt hat, die Arbeiterversicherung in Deutschland einzuführen, war unser Bebel (Sehr richtig!), der bereits im April 1878 die Schaffung eines großen Reichsversicherungsamtes verlangt hat. (Sehr richtig!) Gerade die sozialdemokratische Partei hat stets Initiativanträge in dieser Richtung gestellt und wenn man einmal untersucht, was der Reichstag in dieser Beziehung an positiver Arbeit geleistet hat, dann wird man finden, daß drei Viertel der von den Parteien gestellten und angenommenen Anträge auf die Sozialdemokratie entfallen. Also an positiver Arbeit haben wir es bisher nicht fehlen lassen. (Sehr wahr!) Wir werden das, was bisher erreicht ist, populär darzustellen haben, damit es eine Waffe im proletarischen Kampfe sein kann. Jedes Mittel, das dazu beiträgt, die Proletarier aufzuklären, sie selbständig auf dem Kampfplatz erscheinen zu lassen und ihre Forderungen zu propagieren, das fördert gleichzeitig die sozialdemokratische Bewegung, und so wird durch unsere Agitation auch die Versicherungsgesetzgebung mit einer Waffe im Befreiungskampfe des Proletariats sein. (Lebhafter Beifall.)

Eine Debatte knüpft sich an das Referat nicht.  
Den Vorsitz übernimmt Diez.  
Es folgen

#### Sonstige Anträge.

Es sind das die Anträge 14, 17, 69, 70, 71, 72, 73, 76, 85, 88, 99.  
Hiervon werden genügend unterstützt die Anträge 14, 69, 71, 76, 85, 88, 99.

Zum Antrag 99 läuft ein Zusatzantrag ein:

„Den Parteiorganisationen wird empfohlen, den Trinkzwang bei Versammlungen und Sitzungen durch Vereinbarungen mit den Gastwirten abzulösen.“

Ferner laufen die genügend unterstützten Anträge 104 und 105 ein.

Davidsohn-Berlin begründet den Antrag 14. Er basiert auf einem Antrage, der schon in Leipzig verhandelt wurde. Die Wiederaufnahme dieses Antrages resultiert zum Teil aus den Vorgängen in Baden. Da es den Anschein hatte, als ob gewissen Genossen die Beschlüsse des Parteitag nicht mehr imponieren, waren die Berliner der Meinung, daß eine Möglichkeit geschaffen werden muß, durch die dem Parteivorstand es möglich ist, eine Urabstimmung in die Wege zu leiten. Der Antrag ist nicht so stürmisch, wie der in Leipzig behandelte. Wir wissen ja, daß der Parteivorstand die stürmischen Anträge nicht liebt. (Ebert: Stürmische Anträge?, was sind das für Anträge?) Man kann nicht sagen, daß eine Urabstimmung unmöglich ist, da sie ja von der Partei für ganz Deutschland gefordert wird. Bebel hat neulich das Wort gesprochen, daß nicht die Konsuln wachen sollen bei uns, sondern die Parteigenossen. Die Parteitagdelegierten sind ja auch kleine Konsuln oder Auzuren. Es wäre gut, wenn wir gegen gewisse Beschlüsse dieser Konsuln dem Parteivorstand die Möglichkeit der Urabstimmung geben würden.

Ebert-Berlin: Der Antrag in Leipzig ist von der Kommission, die für die Abänderung des Organisationsstatuts eingesetzt war, sehr eingehend besprochen worden. Er hat allerdings gar keine Gegenliebe gefunden. Der Antrag verlangt, daß alle Parteitagbeschlüsse auf Antrag von 40 Ortsvereinen einer Urabstimmung unterworfen werden können. Wir haben schon vergangenes Jahr geltend gemacht, daß der Antrag unmöglich ist. Er würde zur Folge haben, daß wichtige Parteitagbeschlüsse, deren Durchführung sofort zu erfolgen

hat, auf Verlangen von einigen Ortsvereinen etwa ein Vierteljahr in Quarantäne gelegt werden könnten. Daß das für die Partei nicht förderlich ist, liegt auf der Hand. Wir müssen die Möglichkeit der raschen Handlung haben. Auch die Motivierung, daß nur dadurch die Meinung der Parteigenossen zum Ausdruck gebracht werden könnte, ist nicht richtig. Wir haben es ja auf diesem Parteitag gesehen, daß die Versammlungen zahlreich besucht waren und daß das lebhafteste Interesse sich zeigte. Die Meinungen der Parteigenossen wurden klar zum Ausdruck gebracht. Die Annahme des Antrages wäre ein Fehler, eine Erschwerung, darum bitten wir, ihn abzulehnen.

Der Antrag 14 wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

John-Dresden begründet den Antrag 69. Er ist der praktischen Kleinarbeit entsprungen. Wir wollen die Existenz der Kolporteurs sicherstellen. Wir gewinnen so auch neue Kräfte für die Kleinarbeit in der Partei. Es handelt sich dabei meist um alte Verdienste der Parteigenossen, die auch von ihren Frauen bei der Kolportage unterstützt werden. Vielfach haben wir, wenn die Kolporteurs gestorben waren, die Frauen mit der Arbeit betraut. Das bewährte sich aber nicht, weil die Tätigkeit physisch zu schwer war. Für die Redakteure ist eine Versicherungsmöglichkeit geschaffen, wir sollten sie daher auch für die Kolporteurs in die Wege leiten.

Bfannkuch-Berlin: Wenn klar zum Ausdruck gebracht worden wäre, daß der Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen werden soll, so hätte ich kein Wort verloren. Es heißt aber in dem Antrage, daß der Parteivorstand dahin wirken soll usw. Ob das möglich ist, steht dahin. Die Tendenz des Antrages — das erkennen wir an — ist durchaus berechtigt. Soweit es möglich ist, wird die Sache gefördert werden. Es wird versucht werden, den Wünschen der Antragsteller gerecht zu werden. Ich bitte Sie, den Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Antrag 69 wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Sente-Dremen begründet den Antrag 71. Ich habe es übernommen, den Antrag zu empfehlen, obwohl ich damit nicht einverstanden bin. (Geizerteil.) Die Antragsteller wollen, daß aus den einzelnen Orten und Geschäften die Vertreter gewählt werden, weil diese die verschiedenen Verhältnisse kennen. Die Konferenzen beschäftigen sich nicht allein mit kaufmännischen Sachen, sondern auch zum Beispiel mit den Ferienfragen. An diesen Fragen ist das Personal sehr stark interessiert. Man würde vielen Beschwerden vorbeugen, wenn man den Antrag annimmt.

Westmeyer-Stuttgart: Der Antrag ist durchaus berechtigt. Es werden weittragende Beschlüsse über die Löhne und die Arbeitsbedingungen in den Konferenzen gefaßt. Da sollte wenigstens das Personal gehört werden. Ich sehe voraus, daß selbstverständlich die Vertretung des Personals in engerster Fühlung mit dem Verbands stehen muß. Der zweite Antrag will nur eine Art Studienkommission. Er ist unbedenklich.

Schmidt-Hannover: Ich empfehle ebenfalls den Antrag. Wird er angenommen, dann hören die vielen Streitigkeiten auf. Warum sollen wir uns fortgesetzt mit dem Personal herumstreiten. Kommen wir seinen Wünschen nach.

Berard-Hamburg: Der Antrag kann weder angenommen, noch abgelehnt werden. Ich empfehle, ihn dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Es sind genügend Instanzen da, Differenzen zu schlichten, die häufig zwischen dem Geschäftsführer und dem Personal vorkommen. Die Beschlüsse der Geschäftsführer-Konferenz bezüglich des Personals werden oft nicht ge-

halten und können nicht gehalten werden, weil die Verhältnisse zu verschieden sind. Ich wünsche, daß möglichst weitgehend die Wünsche des Personals erfüllt werden. In bezug auf § 616 gehen die Parteidruckereien auch schon sehr weit. Auch andere weitgehende Zugeständnisse sind vorhanden. Trotzdem ist das Personal nicht zufrieden. Es huldigt dem Grundsatz, daß Unzufriedenheit eine Tugend ist. (Heiterkeit.) Das ist richtig, weil sie eine Förderung der Kultur ist. Aber es gibt auch eine andere Tugend, das ist die Bescheidenheit. Es könnte nichts schaden, wenn manchmal die erste Tugend durch die Bescheidenheit gezügelt würde. Die Wünsche des Personals sind oft unerfüllbar. Natürlich glaubt jeder, daß seine Wünsche speziell berechtigt seien. Es ist nur fraglich, ob der andere Teil imstande ist, sie zu erfüllen. Das ist oft nicht der Fall. Das Personal glaubt, wir könnten alles machen, was es wünscht. Wir müssen doch aber mit den bürgerlichen Geschäften konkurrieren. Wir brauchen nicht die Minimalhöhe des Tarifs zu geben, sondern die höchsten Sätze, aber weiter dürfen wir nicht gehen, sonst gefährden wir die Geschäfte. Künftig sollten auf derartigen Geschäftsführer-Konferenzen Angelegenheiten, die das Personal betreffen, nicht erörtert werden, weil die Beschlüsse nicht gehalten werden können. Liebenweisen Sie den Antrag dem Parteivorstand. (Beifall.)

Richard Fischer - Berlin: Gegen den Antrag, die Sache dem Parteivorstand zu überweisen, müßte ich mich eigentlich aus Liebe zum Parteivorstand wenden. (Heiterkeit.) Uns kann es ja nur angenehm sein, wenn der Parteivorstand auch das noch auf seinen Buckel nimmt. Ich meine aber, wir sollten den Antrag schon hier ablehnen, weil der Parteitag zur Entscheidung dieser Frage nicht die richtige Stelle ist. Wenn es sich darum handelte, daß zu allgemeinen Konferenzen, in denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Personals geregelt werden, auch Vertreter der Arbeiter zugezogen werden, so wäre es ja selbstverständlich, daß wir das tun müßten, wenn wir nicht unseren ganzen Anschauungen widersprechen wollten. Aber wie liegen die Dinge? Auf solchen Konferenzen wenden nicht die allgemeinen Lohn- und Arbeitsverhältnisse erörtert, dazu sind die Organisationen da, die Tarife ausarbeiten und diese müssen selbstverständlich ohne jede Einschränkung von jedem Parteigeschäft anerkannt werden. Es handelt sich vielmehr um Dinge, die über den Tarif hinausgehen, und ich frage, was können wir über den Tarif hinaus an Löhnen, Krankenunterstützung, Ferien hier beschließen? Das ist eine Frage der Leistungsfähigkeit der einzelnen Geschäfte. Wir können auf dem Parteitag nicht Bestimmungen treffen für Geschäfte, die gar keine Parteigeschäfte sind. Es gibt nur zwei Parteigeschäfte, eins in Hamburg und eins in Stuttgart, über die der Parteitag zu bestimmen hat. Im übrigen ist das, was der Antrag wünscht, auch bereits erfüllt. Der Parteivorstand hat an einzelne Geschäfte wiederholt den Wunsch gerichtet, daß, wenn Konferenzen stattfinden, in denen auch über die Angelegenheiten des Personals gesprochen wird, vorher dem Personal Gelegenheit gegeben ist, seine Wünsche nicht nur an die Geschäftsleitung, sondern auch durch diese an die Konferenz selbst zu stellen. Und mehr kann man auch nicht tun, zumal wir ja die einzelnen Geschäfte zur Teilnahme an solchen Konferenzen nicht zwingen können. (Rabenstein: Formalismus!) Nein, das ist kein Formalismus. Wenn der Parteitag beschließen wollte, Sie sollen Ihrem Schuster für Ihre Stiefel fünf Mark mehr bezahlen als jeder andere, so werden Sie auch sagen, das geht den Parteitag einen Pfifferling an, wo und wie teuer ich meine Stiefel kaufe. (Heiterkeit und Sehr gut!) Ob irgendein Genosse, der zufällig Buchdrucker ist und für die Partei Arbeiten liefert, seinen Arbeitern 14 Tage Ferien und eine Alterspension zahlen kann, muß er selber entscheiden können. Warum will man

nur bei den Buchdruckerarbeitern diese Vorschrift, warum nicht auch beispielsweise bei den Redakteuren? (Sehr gut!) Warum beschließt der Parteitag nicht ein Minimalsatz für die Redakteure und Expedienten? Dazu haben diese eben ihre eigene Vereinigung, die Tarife aufstellt, genau wie andere Arbeiterorganisationen ihre Tarife haben. Natürlich ist jedes Parteigeschäft moralisch verpflichtet, nach Möglichkeit über diese Bestimmung der Tarife hinauszugehen. Der Streit mit dem Personal rührt bloß daher, daß das große Hamburger und das große Berliner Geschäft natürlich ganz andere Möglichkeiten haben, in der Lohnfrage liberaler zu sein, als irgend ein Drucker eines kleinen Blättchens in Buztshude. Nun sagt das Personal, was ich ihm auch gar nicht weiter übel nehme: was in Hamburg bewilligt werden kann, muß auch bei uns bewilligt werden, hier werden auch sozialdemokratische Blätter hergestellt. Um die Frage der Rentabilität, ob ebenso viele Druckaufträge da sind, kümmert man sich dabei nicht. (Sehr richtig!) Ich bitte aber auch noch aus einem anderen Grunde den Antrag rundweg abzulehnen. Ich vertrete kein Geheimnis, wenn ich sage, daß der Buchdruckervorstand zum Beispiel für die ihm hier zugewiesene Rolle, soweit ich unterrichtet bin, höchlich dankt. Er sagt sich: ich habe mich nur zu kümmern um die allgemeinen Arbeitsverhältnisse in den deutschen Buchdruckereien und habe ein Interesse, möglichst viel für unsere Mitglieder bei der Tarifbewegung herauszuschlagen, aber ich werde mich hüten, mit sozialdemokratischen Geschäften Sonderlarife abzuschließen. (Sehr richtig!) Das würde natürlich auf die gesamte Tarifgemeinschaft einwirken. Die Buchdrucker würden sagen, was der „Vorwärts“-betrieb zahlt, können Pöffe, Scherl, Wulfstein, können die Zentrums-Geschäfte usw. auch zahlen, und das könnte für den Buchdruckerverband Kämpfe herausbeschwören, bei denen er unter Umständen der Schwächere wäre. Andere Organisationen sind nicht so weitichtig, um diesen Ausdruck zu gebrauchen. Die sagen sich: wir nehmen, was wir kriegen, ein Parteigeschäft steht unter moralischem Druck, da können wir etwas für die Arbeiter herausholen. Es handelt sich hier aber gar nicht um Parteigeschäfte — wenn das der Fall wäre, würde ich das noch verteidigen —, sondern um Geschäfte, wo auch Parteisachen gedruckt werden, und es kommen dabei zum Teil gar nicht Parteigenossen in Betracht. Wir können doch nur Beschlüsse fassen für Genossen, die sich der Parteidisziplin unterwerfen. Wir stehen auf dem Standpunkt: so wenig ein bürgerliches Geschäft das Recht hat, seine Arbeiter nach ihrer politischen Gesinnung zu fragen, so wenig kann ein sogenanntes sozialdemokratisches Geschäft vom Personal verlangen, daß die Arbeiter Sozialdemokraten sind. (Sehr richtig!) Wir können nur die gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit von den Arbeitern verlangen, und weiter, daß sie die Verpflichtungen, die aus dem Arbeitsvertrag resultieren, den Geschäften gegenüber erfüllen. Ob der Arbeiter ein Liberaler, ein Anarchist oder ein Zentrumsmann ist, geht die Druckerei gar nichts an. (Sehr richtig!) Auf diesen Standpunkt hat sich auch das Arbeitspersonal mit vollem Recht gestellt. Deshalb können wir einen solchen Beschluß nicht fassen. Ich erinnere an den Beschluß des Nürnberger Parteitages, wonach die in Parteigeschäften angestellten Arbeiter ihren Verdienst am 1. Mai abzuliefern haben. Ich habe diesen Beschluß, offen gestanden, nicht zur Ausführung gebracht, weil es unmöglich war, und kein Parteigeschäft hat ihn zur Ausführung gebracht, weil die Schriftsetzer mit vollem Recht sagen, es geht euch im Geschäft gar nichts an, was ich mit meinem Lohn am 1. Mai mache, ich bin hier nicht als Parteigenosse, sondern als Arbeiter. Die in Parteigeschäften beschäftigten Schriftsetzer haben damals durch ihre Spezialorganisation ein ausführliches Zirkular herausgeben lassen, worin sie mit einem wahren Bergnügen konstatierten, daß von der Durchführung dieses Beschlusses nicht die Rede sei, und

wo die Arbeiter mehr Parteigenossen als Arbeiter waren, wurden sie sogar noch getrüffelt, und es wurde dann mit einem gewissen Vergnügen konstatiert, daß der Müßel Erfolg hatte und sie sich der Durchführung unseres Beschlusses widersetzen. Sie müssen also bei objektiver Beurteilung der Sachlage dahin kommen, sich zu sagen, wir haben als Parteitag nicht die Macht, diese Verhältnisse zu regeln, darum verzichten wir darauf, Beschlüsse zu fassen, die wir nicht durchführen können. (Bravo!)

**Hilbenbrand-Stuttgart:** Wenn zur Begründung des Antrages angeführt wurde, daß dadurch Streitigkeiten vermieden würden, so würde das Gegenteil eintreten. Wenn Sie zur Geschäftsführer-Konferenz das Personal hinzuziehen, so würden selbstverständlich Auseinandersetzungen entstehen, die zu einem guten Ende nicht führen könnten, weil es doch außerordentlich schwer wäre, für ganz Deutschland mit seinen grundverschiedenen Verhältnissen einheitlich neue Bestimmungen über den Tarif hinaus zu schaffen. Soweit ich unterrichtet bin, hat man auch im Deutschen Buchdruckerverband gar kein Interesse daran, die Schwierigkeiten zu erhöhen, die ohnehin schon vielfach vorhanden sind. Der Verband mahnt die Interessenten aller seiner Mitglieder und er hat Mittel und Wege genug, um das eventuell auch den Parteigeschäften gegenüber zu tun. Eine besondere Organisation der Gehilfen in den Parteigeschäften braucht nicht auch noch von der Partei gefährdet zu werden. Lehnen Sie den Antrag ab, Sie brauchen wahrlich nicht zu befürchten, daß dadurch die Interessen der in den Parteigeschäften Angestellten irgendetwas gefährdet werden.

**Fischer-Hannover:** Ich bin anderer Meinung als Hilbenbrand. Wenn man dem Personal Gelegenheit gibt, über seine Beschwerden, und die bleiben auch in sozialdemokratischen Unternehmungen nicht immer aus, persönlich mit den Geschäftsführern zu verhandeln, so wird man dadurch manches vermeiden, was der Partei nicht nützlich ist und was dann in weiterer Parteioffenlichkeit verhandelt werden muß. Die Buchdrucker wollen gar nicht bei den nächsten Geschäftsführerkonferenzen separat vertreten sein, sondern, daß das ganze Personal Berücksichtigung finde. Auf die Ausführungen Richard Fischers kann ich nicht eingehen, weil ich durch meine Tätigkeit in der Mandatsprüfungskommission nicht alles hören konnte —, wie sind wir dazu gekommen, daß das Personal eine solche Vertretung wünscht. Auf der Geschäftsführerkonferenz wurden wichtige Angelegenheiten des Personals verhandelt, zum Beispiel die Ferienfrage und die sozialpolitischen Einrichtungen in den Parteigeschäften. Das Personal hat ganz bestimmt ein gewaltiges Interesse daran. Es ist hier nicht immer so verfahren worden, wie das Personal gewünscht hat, und es wurde sogar in einzelnen Geschäften auf Forderungen des Personals erklärt, man könne sie nicht erfüllen, weil man sich auf der Konferenz gebunden habe. Das versteht man in weiteren Kreisen nicht. Bei den Buchdruckern hat es Fremden herbeigerufen, daß Unstimmigkeiten in den Parteigeschäften vorkommen, und wenn wir eine Instanz hätten für diese Angelegenheiten, dann würden die Dinge im Interesse der Partei bessere Erledigung finden. Vom Gauvorstand der Provinz Hannover wird mir folgendes geschrieben, das ich zur Kenntnis des Parteitages bringen soll: Seit November vorigen Jahres werden vom „Vorwärts“, es ist wohl das Geschäft, nicht das Blatt gemeint, Matern des Reichstages an die Druckereien der Parteiblätter mit frühem Redaktionsdruck verwendet, damit sie noch in der Lage sind, ohne eigene Stereotypie den Reichstagsbericht zu bringen. Dadurch werden viele Arbeitskräfte überflüssig gemacht (Widerspruch), und dies in einer Zeit, wo ohnehin gewaltige technische Revolutionen Opfer fordern. Im Jahre 1898 hatten wir 12,28 Mt. pro Kopf und Jahr für Arbeitslosenunterstützung zu zahlen; damals

waren 12 Sechsmaschinen aufgestellt. 1910, wo 4000 Sechsmaschinen arbeiteten, hatten wir an Arbeitslosenunterstützung pro Kopf und Jahr 21 Mt. auszugeben, oder in Summa 1218 000 Mark.

In einigen Parteidruckereien wird ein Verfahren eingeschlagen, das Fremden erregen muß. Es werden mit bürgerlichen Zeitungen Matern ausgetauscht (Zurufe: Ach, das sind doch bloß Inserate!), meistens mit Zeitungen, die die Partei in der schärfsten Weise bekämpfen. Man hört, daß die Bekämpfung der bürgerlichen Presse nur bis zum Redaktionsstrich geht (Lachen) und darunter eben das Geschäft kommt, eine gewisse Harmonie auch mit den bürgerlichen Zeitungen. (Gelächter.) Wir sind der Meinung, daß das die Partei schädigt (Widerspruch und Lachen); wenn man die bürgerliche Presse bekämpft, darf man sich durch einige Goldstücke nicht verleiten lassen, eine Harmonie zu pflegen. Der Parteivorstand ist ganz gewiß imstande, einen Druck auf die Geschäfte auszuüben, damit das nicht mehr geschieht. (Zuruf: Ganz ausgeschlossen! Unsin!) Wenn Sie die Sache objektiv prüfen (Zurufe: Nein! nein!), dann müssen Sie die Berechtigung des Antrages anerkennen. (Widerspruch.)

Der Antrag 71 wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgen die gemeinsam in Verhandlung gezogenen Anträge 76 und 85.

**Haenisch-Dortmund:** Ich will Sie nicht mit einer Rede über Bibliothekswesen langweilen. Es liegt im Bibliothekswesen vieles noch sehr im Argen, und insbesondere die Zersplitterung richtet, namentlich in kleineren Orten, argen Schaden an. Deshalb hat eine Konferenz der besonders im Bibliothekswesen tätigen Genossen dem Leipziger Parteitag einen Antrag vorgelegt, der auch angenommen wurde. Aber wir vermissen einen Bericht des Parteivorstandes, was er in diesem Sinne getan hat. Infolgedessen haben wir den Antrag noch einmal eingebracht, und wenn er wieder angenommen wird, so hoffen wir, daß er mehr Berücksichtigung beim Parteivorstand findet. Ich darf mitteilen, daß der Bildungsausschuß mit dem Antrag einverstanden ist und sich gern des Bibliothekswesens annehmen wird. Ich ersuche um Annahme des Antrags. (Bravo!)

**Heinrich Schulz-Berlin:** Gegen die Tendenz beider Anträge hat wohl niemand etwas einzuwenden. Der Antrag Haenisch verlangt zunächst, daß die Bibliothek als wichtiges Bildungsmittel betrachtet sollen. Das ist selbstverständlich. Er verlangt ferner, daß den Bibliotheken vom Bildungsausschuß nach wie vor Aufmerksamkeit zugewendet wird. Das tut der Bildungsausschuß auch; wir werden demnächst einen Plan zu weiterer Systematisierung des Bibliothekswesens ausarbeiten. (Bravo!) Das einzige, was in dem Antrag nicht selbstverständlich ist, ist der letzte Satz. Der Parteivorstand, die Generalkommission und der Bildungsausschuß haben sich mit dem vom Leipziger Parteitag angenommenen Antrag über eine Bibliothekskonferenz gemeinsam beschäftigt und den Antrag dem Bildungsausschuß überwiesen. Dieser hat erklärt, daß er sich an einer neuerlichen Bibliothekskonferenz gern beteiligen wolle, daß er aber vorläufig noch keinen Anlaß habe, selbst eine solche einzuberufen. Galtten Sie eine solche Konferenz für nützlich und notwendig, so wird sich der Bildungsausschuß gewiß gern noch einmal mit dem Plane beschäftigen. Ich bitte, den Antrag dem Bildungsausschuß zu überweisen.

Beide Anträge werden dem Bildungsausschuße überwiesen.

Zur Verhandlung gelangen die Anträge 88 und 99, begründet von **Wurm-Berlin:** Es ist keine leere Formalität, wenn wir uns noch mit dem Leipziger Schnapsbottelschluß befassen wollen. Wenn der Schnaps-

verbrauch auch zurückgegangen ist, so haben wir immer wieder darauf hingewiesen, wie dringend notwendig im Interesse der Partei, wie der Gesundung der Arbeiterklasse seine strenge Durchführung ist. Ich unterschreibe jene Veröffentlichung des Parteivorstandes, daß nicht eine Schnapsriechei und -Schmüffelei getrieben werden soll. Wir haben die Massen aufzuklären und werden die soziale Gesundung der Massen dann auch erreichen, weit mehr als durch etwaige, leicht ins Gehäßige umschlagende Denunziationen in Versammlungen oder gar in der Presse. (Sehr richtig!) Es ist andererseits selbstverständlich, daß im Vordergrund stehende Personen nicht ein schlechtes Beispiel geben sollen, und daß die Organisationen dafür sorgen müssen, daß bei ihren Feiern nicht zum Alkoholkonsum angereizt werde. Der „Abstinente Arbeiter“ berichtet, daß auf einem Organisationsfeste eine Schnapsbude aufgestellt war (Hört! hört!), allerdings nicht von der Organisation aus, sondern weil der Wirt diese Bedingung gestellt hatte für die Vergabe des Lokals. (Hört! hört!) Wir sind verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß solche Vereinbarungen nicht abgeschlossen werden dürfen (Zustimmung) — es ist selbstverständlich, daß wir bei der Durchführung des Schnapsbodsotts natürlich damit rechnen, daß die Wirte nicht mehr soviel Absatz bei unseren Genossen finden, wie vorher. Wir müssen eine Entschädigung dafür geben dadurch, daß wir für die Stellung des Lokals, des Lichtes usw. eine Miete zahlen. Ich habe schon in Lübeck vorgeschlagen, daß wir den Wirten statt der indirekten Steuer durch das, was verbraucht wird, lieber eine direkte Steuer für die Benützung zahlen. (Zustimmung.)

Da auch für die Gewerkschaftshäuser der Konsumrückgang in Betracht kommt, hat sich eine Konferenz, die die Generalkommission einberufen hatte, auch mit dieser Frage beschäftigt und es ist darüber im „Korrespondenzblatt“ Nr. 29 berichtet. Der Beschluß 3 in der Konferenz lautet: Es ist anzustreben, daß für die Benützung der Säle eine bare Miete gezahlt wird und die indirekte Entschädigung durch Verzehrung von Getränken fortfallen möge. Wo die Erhebung von Mieten nicht möglich ist, sind direkte Beiträge von Partei und Gewerkschaft für die Erhaltung der Gewerkschaftshäuser zu verlangen. — Durch unseren Antrag wird dieser Vorschlag bestätigt. Wir müssen unsere Häuser auf direkte Unterstützung stellen, ebenso sind wir verpflichtet, den Wirten eine Entschädigung zu geben, wenn der Alkoholverbrauch zurückgeht, eben damit er zurückgeht. (Sehr richtig.) Es wird dann auch dieser Animmierzustand aufhören, daß die Kellner sich durch die Versammlungen drängen. In den Jugendheimen haben das die Jugendausgänge schon durchgeführt. Nun wir es auch! (Bravo.)

Ich empfehle deshalb, den Antrag anzunehmen, damit wir den Leipziger Beschluß bekräftigen und zeigen, daß die Partei gewillt ist, mit allen Mitteln den Alkoholmißbrauch zu bekämpfen. (Bravo.)

Hierauf werden die Anträge 88 und 99 mit dem Zusatzantrag angenommen.

Den Antrag 104 begründet

Wurm. Es ist unmöglich, wissenschaftliche Referate beim Anhören so zu erfassen, wie es notwendig wäre, um eine richtige Debatte herbeizuführen. Referate, die eine Stunde und länger dauern und die oft eine Fülle neuer Tatsachen bringen, über die wir dann hier diskutieren sollen, ohne daß wir eine andere Unterlage haben, als höchstens die Resolutionen, die ja auch oft gar zu spät in unsere Hände gelangen. Was wir beantragen, ist bereits auf allen wissenschaftlichen Kongressen üblich und ist auch bei uns schon eingeführt, soweit der Bericht der Reichstagsfraktion in Frage kommt. Wenn wir die Referate vier Wochen vorher gedruckt vor uns haben und uns zu Hause darüber

informieren können, dann werden die Debatten einen weit erfruchtlicheren Verlauf nehmen können. Selbstverständlich ist es vielfach schwer zu erreichen, daß die Referate rechtzeitig fertiggestellt werden, und deshalb können wir nicht beschließen, es muß so sein, sondern mein Antrag geht nur dahin, daß der Parteivorstand ersucht wird, darauf hinzuwirken, daß die Referate vier Wochen vorher gedruckt in den Händen der Delegierten sind.

Heinrich Schulz-Berlin: Der Antrag ist zweifellos gut gemeint, ich habe auch nichts gegen seine Ueberweisung an den Parteivorstand, aber wir dürfen nicht verkennen, daß das von Wurm vorgeschlagene Verfahren auch seine Schattenseiten hat. Es wird nicht jedem Referenten möglich sein, sein Referat schon so lange vorher fertigzustellen. Es darf auch nicht verlangt werden, daß die Unmittelbarkeit der Verhandlungen darunter leidet, der Referent wird dann doch wieder, wie es auch beim parlamentarischen Bericht geschieht, auf dem Parteitag selbst eine mündliche Einleitung geben müssen. (Wurm: Sehr richtig!) Der Antrag ist, glaube ich, dem Wunsche entsprungen, daß man über die grundlegenden Anschauungen der Referenten vorher unterrichtet wird. Das halte ich allerdings auch für einen Mißstand, daß wir die ausführlichen und wohlüberlegten Resolutionen gewöhnlich erst auf den Parteitagen erhalten, die Referenten könnten doch ihre Gedanken lange vor dem Parteitag in Form von Leitfäden veröffentlichen. Genossin Zetkin und ich haben vor Jahren auf diesem Gebiet einen Versuch gemacht, wir haben unsere Leitfäden über die Volkserziehung im Jahre 1906 schon viele Wochen vor dem Parteitag publiziert, aber leider hat dieser Versuch keine Nachahmung gefunden. Wenn der Parteivorstand dahin wirkt, daß die Referenten ihre Resolutionen vorher veröffentlichen, dann halte ich das für sehr nützlich. Ich beantrage deshalb Ueberweisung des Antrags an den Parteivorstand.

Der Antrag 104 wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Heinrich Schulz-Berlin begründet die Resolution 105. Der Bildungsausschuß bei Lichtenberg bei Berlin hatte einen Vortragskursus angemeldet über das Thema: „Die Entstehung der Erde“. Dieser Vortragskursus durfte nach einer Verfügung der Regierung in Potsdam nicht abgehalten werden, weil angeblich der vorgesehene Redner keine Erlaubnis zum Erteilen von Unterricht habe. Nun handelte es sich aber gar nicht um Unterricht, sondern um einen Vortragskursus; weil an einem Abend das Thema nicht erschöpft werden konnte, sollten 4 Vorträge stattfinden. Trotzdem wurde eine alte überlebte Kabinettsverfügung aus dem Jahre 1884 in Anwendung gebracht. Der Redner hat sich sofort beschwert und darauf die Nachricht bekommen, daß die Beschwerde an den Kultusminister weitergegeben ist. Da gilt also wieder einmal das alte Sprichwort: man hat den Teufel bei der Jagd verflucht. Die Lichtenberger Genossen haben nun die Sache so eingerichtet, daß selbst nach den rückständigsten Ansichten kein Grund zum Einschreiten vorliegen konnte. Es ist kein Vortragskursus veranstaltet worden, sondern die Lichtenberger Genossen haben eine öffentliche Versammlung einberufen mit dem Thema: Wissenschaftlicher Vortrag über die Entwicklung des Planetensystems. Als nun vorgestern Abend der Redner kaum begonnen hatte, erschien im Saale ein Leutnant (Zuruf: Mit 10 Mann! Geiterkeit), nein, nur mit einem Mann, da es sich nur um die Jungen handelte, nicht um die Alten im Reichstage. Der Leutnant erklärte: „Ich komme im Namen der Staatsregierung in Potsdam und fordere Sie auf, den naturwissenschaftlichen Vortragskursus zu unterlassen.“ — Damit verlangte er etwas, was gar nicht erfüllt werden konnte, denn es handelte sich ja nicht um einen Kursus. Der Redner fügte sich aber der Anordnung der bewaffneten Macht und packte sein

Manuskript zusammen. Während er noch dabei war, rief der Leutnant dem Wachmeister zu: „Führen Sie den Mann ab!“ (Psuirufe.) Der Wachmeister befolgte den Befehl, obgleich der Referent erklärte, er ginge mit zur Wache. Der Wachmeister faßte ihn mehrfach an den Arm, und auch ein zweiter Mann wurde mitgenommen, der über die Behandlung des Redners Bemerkungen machte. Die zwei Leute wurden nun von zwei mit Browningpistolen bewaffneten Schulheuten nach der Wache durch die Straßen eskortiert. Dort wurden sie bis 11 Uhr abends festgehalten. (Erneute Psuirufe.) Als sie sich miteinander unterhielten, wurde ihnen zugerufen, sie müßten ruhig sein, sonst kämen sie in die Arrestzelle. (Wiederholte Psuirufe.) Dieses Aufgebot, diese Verhöre gegen die klaren Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes, alles das wird nur gemacht, weil der Jugendausschuß das Bedürfnis hatte, die Jugend aufzuklären über die Geschichte der Erde und des Planetensystems. Die Behörden müssen eine schnurrige Angst davor haben, daß die Jugend erfährt, wie es auf der Erde aussieht. (Weiterkeit.) Es wird Beschwerde erhoben und der Klageweg wird bis zum äußersten beschritten werden. Vorgesetzten sind die Dinge passiert. Es ist zu befürchten, daß dieses Vorgehen der Behörden gegen die Jugendorganisation nicht vereinzelt bleiben wird. Der Parteitag hat auf diese Brückierung der proletarischen Jugendbewegung keine Antwort zu geben. Stärken Sie unserer proletarischen Jugendbewegung den Rücken in ihrem Kampfe gegen die Polizei, indem Sie unsere Resolution annehmen. Wir freuen uns, daß unsere Jugendbewegung einen solchen Aufschwung nimmt, daß sie in den wenigen Jahren so glänzende Fortschritte gemacht hat. Das Vorgehen der Polizei wird schließlich auch nur dazu beitragen, unsere Jugendbewegung vorwärts zu treiben. Die Partei erwartet von der Jugend, daß sie ungeachtet der polizeilichen Schikanierungen ihr reges Bildungsbedürfnis weiter befundet, und daß sie die von der Schule des Klassenstaates ihr vorenthaltene Bildung sich nach wie vor aus eigener Kraft anzueignen sucht. (Lebhafter Beifall.)

Albin-Berlin: Ich möchte die Resolution unterstützen. Aber nicht nur in Lichtenberg kommen solche Dinge vor. Als Vorsitzender einer Wirte-Organisation kann ich sagen, daß in ganz Preußen, überall wo Jugendorganisationen Veranstaltungen treffen wollen und bei unseren Kollegen tagen, das gleiche Vorgehen beliebt wird. Aus diesem Grunde möchte ich wünschen, daß in der Resolution nicht nur der Ort Lichtenberg genannt wird, sondern daß sie sich gegen das Vorgehen der Behörden in ganz Preußen und in den anderen Staaten richtet. Die Behörden in Preußen werden auf Grund der Bestimmungen, die sie im Lichtenberger Fall anwendeten, gegen die Organisationen der Arbeiter überhaupt vorgehen. Man hat die Verordnung benutzt, um darauf hinzuweisen, daß in einzelnen Regierungsbezirken diese Bestimmungen gegen die Veranstaltungen an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage angewendet werden können. Das ist gegen das Vereinsgesetz. Die Reichstagsfraktion sollte sich der Sache annehmen.

Kagenstein-Berlin: Der Fall ist der Ausdruck eines wohlüberlegten Systems. Ich erinnere Sie an den Fall, der sich vor einigen Jahren noch nicht so scharf in Potsdam abgepielt hat, an die Praxis, die gegenüber den Arbeiterunverbreiten geübt wird. Die polizeiliche Willkür weicht selbst vor den Entscheidungen des Reichsgerichts nicht zurück. Das Reichsgericht hat entschieden, daß die Verordnungen von 1819 und 1834 auf die nicht mehr schulpflichtige Jugend nicht anzuwenden sind. Trotzdem geht die Polizei weiter willkürlich vor. Wir haben Ähnliches auch bei den Volkstribünen.

In Charlottenburg ist jetzt gar dem Bildungsausschuß die Aufführung der „Jugend“ von Falbe verboten worden (Hört! hört!), die seit 20 Jahren tausendmal unangefochten in Berlin gespielt worden ist. Das gleiche Ver-

fahren wie in Potsdam und Lichtenberg scheint die Polizei nun auch gegenüber der Berliner Arbeiterbildungsschule, der Schöpfung Wilhelm Liebknechts, die seit 1892 unangefochten besteht, anzuwenden zu wollen. Sie hat niemals die schulpflichtige Jugend in ihren Bereich gezogen, trotzdem wurde kürzlich an die Lehrer die Anfrage gerichtet, ob sie die behördliche Genehmigung zur Unterrichtsverteilung haben. In Preußen ist ja die Schulverwaltung und der Kultusminister vollkommen absolutistisch. Er kann sogar Kasstrafen verhängen, ohne daß ein Rechtsweg gegeben ist, wie das im Falle des Dr. Bruno Wille gesehen ist. Gegenüber dieser planmäßigen Bekämpfung unserer Volkserziehung müssen wir auch planmäßigen Widerstand entgegensetzen. Ja, wir müssen zu planmäßigem Angriff vorgehen. Was die paar Millionen Polen gebannt haben, müssen auch die Sozialdemokraten fertig bringen. Der Religionsunterricht, der heute nur noch die Aufgabe hat, die Kinder zum Leben untauglich zu machen (Sehr richtig!), wird den Eltern, die nicht mehr auf dem Boden der Kirche stehen, aufzuingen. Da ist es für uns notwendig, ernsthaft den Gegenschlag zu ertönen, den wir führen können durch den Boykott des Religionsunterrichts. Wir müssen vom bloßen Widerstand zum Angriff übergehen. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wurde die Resolution angenommen.

Es folgt der Bericht der

#### Beschwerdekommision.

Berichterstatter Freour-Kiel: Der Beschwerdekommision haben sechs Sachen vorgelegen. Darunter 4 Beschwerden gegen die Resultate von Ausschlußverfahren. Ein Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei, und die Angelegenheit Ged-Süßkind, die der Beschwerdekommision direkt vom Parteitag überwiesen worden ist.

Alfred Schröder, Briß bei Berlin, ist durch Beschluß eines Schiedsgerichts aus der Partei ausgeschlossen worden auf Grund des Nürnberger Parteibeschlusses, der u. a. die Zugehörigkeit zum Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband mit den Parteigründungen im Widerspruch stehend erklärt. Der Ausschluß erfolgte, weil Schröder sich weigerte, die Mitgliedschaft in diesem Verband aufzugeben, auch nicht freiwillig aus der Partei austreten wollte, sondern die Entscheidung der Partei verlangte. Die Kontrollkommission hat die Berufung Schröders gegen das Schiedsgerichtsurteil verworfen. Er hat jetzt Beschwerde an den Parteitag eingelegt, um einen Revers des Parteitages zu provozieren. Schröder vertritt in seiner Beschwerdeschrift die Ansicht, daß die Nürnberger Resolution keine zwingende Wirkung habe, sondern nur als Willensäußerung der Partei anzusehen sei. Der Allgemeine Deutsche Metallarbeiterverband bezwecke auch nicht in bewußter Weise eine Schädigung der Partei. Der Ausschluß sei deshalb formell unzulässig und materiell nicht begründet. Nun läßt aber der Nürnberger Parteitagbeschuß gar keine andere Deutung zu, als sie vom Schiedsgericht und der Kontrollkommission gegeben worden ist. Am Schluß der Resolution heißt es nämlich wörtlich: „Jede Mitarbeit von Parteigenossen in den mit der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften verbundenen Vereinen, sowie in dem allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbande und Lokalgewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftsstellern und Parteiorganisationen nicht anerkannt sind, ist unvereinbar mit den Grundsätzen und Interessen der Sozialdemokratie.“

Die Beschwerdekommision ist einstimmig der Meinung, daß der Ausschluß auf Grund des Beschlusses des Nürnberger Parteitages zu recht erfolgt ist und beantragt, die Beschwerde abzuweisen.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

**Berichterstatter Breconr:** Gegen den Genossen Grunert-Naumburg war von dem sozialdemokratischen Verein in Naumburg eine Untersuchung eingeleitet und zu diesem Zwecke eine Untersuchungskommission eingesetzt worden, die sich irrtümlicherweise als Schiedsgericht konstituierte und den Ausschluß des Genossen Grunert beschloß, weil er angeblich den Bierhohof durchbrochen habe, gegen einen anderen Genossen tätlich geworden sei und gegen die Wahl eines anderen Genossen im Konsumverein agitiert haben soll. Dieser Beschluß mußte aufgehoben werden, weil die Untersuchungskommission nicht als Schiedsgericht anzusehen war. Es ist dann ein ordentliches Schiedsgerichtsverfahren eingeleitet worden. Das Schiedsgericht hat den Ausschluß Grunerts abgelehnt, ihm aber wegen des tätlichen Hohofbruchs eine scharfe Rüge erteilt. Die abfälligen Bemerkungen Grunerts über die Jugendbewegung wurden als Taktlosigkeit ernst gemißbilligt, und wegen der sorgfältigen Opposition gegen die örtliche Parteileitung wurde Grunert die schärfste Rüge erteilt. Wegen Opposition Grunerts gegen die Wahl eines Genossen in den Aufsichtsrat des Naumburger Konsumvereins wurde Grunert ein Tadel ausgesprochen. Gegen diesen Beschluß des Schiedsgerichts hat der sozialdemokratische Verein in Naumburg Beschwerde an den Parteitag eingelegt und den Ausschluß Grunerts aus der Partei beantragt. Die Beschwerdekommision ist der Meinung, daß auf Grund der Aktenlage bis zur Einlegung der Beschwerde des Vorstandes der Beschluß des Schiedsgerichts, der den Ausschluß aus der Partei ablehnt, als gerechtfertigt anzusehen ist. Sie beantragt, der Parteitag möge die Beschwerde des sozialdemokratischen Vereins in Naumburg ablehnen.

Inzwischen sind aber neue Tatsachen über das Verhalten Grunerts mitgeteilt worden, die, wenn sie als wahr bewiesen würden, nach Ansicht der Beschwerdekommision den Ausschluß Grunerts eventuell rechtfertigen; da die Beschwerdekommision jedoch nicht imstande ist, es auch nicht ihre Aufgabe ist, in ein neues Beweisverfahren einzutreten, empfiehlt sie, der Parteitag möge dem sozialdemokratischen Verein in Naumburg anheimstellen, ein neues Schiedsgerichtsverfahren gegen Grunert einzuleiten.

**Leopold (Beiz):** Es würde zu weit führen, wenn ich Ihnen das ganze Material, das gegen Grunert vorliegt, vortragen wollte. Wir sind der Ansicht, daß das Schiedsgericht die Sache nicht so verhandelt hat, wie es sich gehörte. Es sind eine Anzahl Zeugen, die bewiesen, daß Grunert lange aus der Partei ausgeschlossen werden mußte, nicht vernommen worden. Das Schiedsgericht ist mit 4 gegen 8 Stimmen zu seiner Entscheidung gekommen, und ich weiß, daß heute ein Teil der Schiedsrichter, die damals für Grunert gemein sind, ohne weiteres anerkennen, daß er aus der Partei heraus muß. Wenn der Parteitag heute nicht den Ausschluß selbst vollziehen will, so bleibt nichts übrig, als daß ein neues Verfahren eingeleitet wird.

Der Antrag der Kommission, die Beschwerde des sozialdemokratischen Vereins in Naumburg abzulehnen, dem Verein aber anheimzustellen, wegen der bekanntgewordenen neuen Tatsachen gegen Grunert ein neues Schiedsgerichtsverfahren einzuleiten, wird hierauf angenommen.

**Berichterstatter Breconr:** Paul Fiedler-Berlin VI ist durch einen Schiedsgerichtsbeschluß aus der Partei ausgeschlossen, weil er sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht haben soll. Diese ehrlosen Handlungen bestehen darin, daß Fiedler ein parteigenössliches Mitglied der freireligiösen Gemeinde Berlin des Betruges und der Unterschlagung beschuldigt hat. Die Anschuldigungen haben sich als unwahr erwiesen. Außerdem hat Fiedler die freireligiöse Gemeinde beim Regiererrichter wegen angeblich falscher Eintragung denunziert

und in einer anarcho-sozialistischen Versammlung die Institutionen der Partei verächtlich gemacht. In seinen Verteidigungs- und Beschwerdeschriften hat Fiedler noch weitere vielfache Beleidigungen gegen Parteigenossen erhoben und die Partei herabgesetzt und verächtlich gemacht. Die Beschwerdekommision ist einstimmig der Meinung, daß das Ausschlußurteil des Schiedsgerichts gerechtfertigt ist. Fiedler hat der Kommission den Wunsch übermittelt, persönlich vernommen zu werden. Die Kommission konnte jedoch in ein einseitiges Beweisverfahren nicht eintreten. Eine noch zum Schluß der Kommission zugegangene Beschwerde Fiedlers moniert, daß der Berichterstatter der Kontrollkommission auf dem diesjährigen Parteitage angeblich unrichtig berichtet habe, daß der Ausschluß auch erfolgt sei, weil er in gegnerischen Blättern die Einrichtungen der Partei verächtlich gemacht habe. Nach dem Bericht der Presse über die Parteitageverhandlungen konnte Fiedler zu dieser Ansicht kommen. Tatsächlich hat aber der Berichterstatter der Kontrollkommission, Genosse Kadon, die Behauptung, Fiedler habe in gegnerischen Blättern die Einrichtungen der Partei verächtlich gemacht, nur als einen Teil der Anklage angeführt. Die Beschwerdekommision beantragt, der Parteitag möge die Beschwerde Fiedlers ablehnen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

**Berichterstatter Breconr:** Gegen den Genossen Michael Wolz-Opponau ist ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden, weil er sich gegen die Parteinteressen vergangen haben sollte. Der Ausschlußantrag war das Resultat lokaler Streitereien, die zum Teil ihren Ursprung darin hatten, daß Wolz, der Gastwirt ist, ein ihm zur Aufbewahrung übergebenes Fahrrad gestohlen worden war und bei seinen Bemühungen zur Ermittlung des Täters als solcher ein Vereinsmitglied entdeckt und bestraft wurde. Weiter wurde gegen Wolz der Vorwurf erhoben, daß er bei Verhandlungen mit Gegnern über die Aufstellung von Kandidaten zu den Gemeindevahlen das Parteiinteresse nicht genügend wahrgenommen habe. Der Gauvorstand — die Sache ist also schon nach dem neuen Organisationsstatut erledigt worden — hatte den Ausschluß abgelehnt und Wolz nur eine Rüge erteilt und ihn für unfähig erklärt, bis zum 1. Juli 1912 ein Ehrenamt in der Partei zu bekleiden. Das Schiedsgericht hat auf Ausschluß entschieden. Die Kommission ist einstimmig der Meinung, daß der Ausschluß zu Unrecht erfolgt ist, weil weder eine ehrlose Handlung noch ein grober Verstoß gegen die Grundsätze der Partei vorliegt. Die Beschwerdekommision ist dagegen der Meinung, daß die vom Gauvorstand ausgesprochene Rüge und Unfähigkeitserklärung zur Bekleidung von Ehrenämtern in der Partei bis zum 1. Juli 1912 berechtigt und genügend war. Die Beschwerdekommision beantragt die Aufhebung des Beschlusses des Schiedsgerichts auf Ausschluß aus der Partei.

Der Parteitag stimmt dem Antrag der Beschwerdekommision zu.

**Berichterstatter Breconr:** Der auf dem Parteitag zu Leipzig aus der Partei ausgeschlossene Maler Alfred Gottschling beantragt in einem Schreiben an den Parteitag seine Wiederaufnahme in die Partei. Der Antrag gehört nicht zur Kompetenz der Beschwerdekommision, da nach § 28 des Organisationsstatuts ein Antrag auf Wiederaufnahme eines ausgeschlossenen Genossen nur an den Vorstand der Bezirks- oder Landesorganisation des Wohnorts des Ausschlossenen zu richten ist. Vor der Entscheidung ist nach § 28 die Organisation, die den Ausschluß beantragt hat, zu hören. — Damit erledigt sich dieser Antrag.

Die der Beschwerdekommision überwiesene Sache Ged-Süßkind hat zu dem Resultat geführt, den Parteitag im Einverständnis beider Beteiligten folgende Erklärung zu unterbreiten:

„In der Beschwerde Ged-Süßkind haben die Verhandlungen der Beschwerdef Kommission ergeben, daß die Behauptung Süßkinds, Ged habe keine Stellung in der Kontrollkommission ausgenutzt, um die badische Partei zu schädigen, unrichtig ist, daß Süßkind jedoch bei der Behauptung im guten Glauben gehandelt hat.“

Damit ist der Bericht der Beschwerdef Kommission erledigt. Die Anträge 1, 2, 78 und 79 werden dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Vorsitzender Dietz: Wir hätten nun noch den Ort für den nächsten Parteitag zu bestimmen. Bisher war es Gesslohenheit, daß jeder Parteitag beschloß, wo der nächste Parteitag abgehalten wird. Wir leben aber heute unter außergewöhnlichen Verhältnissen. Es steht zu erwarten, daß im nächsten Jahre ein außerordentlicher Parteitag stattfinden muß, und deshalb sollten wir es diesmal dem Parteivorstand überlassen, den Parteitag nach dem Orte einzuberufen, der für die Delegierten aus allen deutschen Gauen am günstigsten liegt. (Allseitige Zustimmung.) — Da ein Widerspruch aus der Mitte des Parteitages nicht erfolgt, konstatiere ich, daß die Festsetzung des Ortes für den nächsten Parteitag dem Parteivorstand ausnahmsweise überlassen worden ist.

An den Beratungen des Parteitages haben teilgenommen, abgesehen von den Gästen, 396 Genossen und Genossinnen. Davon waren 318 männliche und 22 weibliche Delegierte, 35 Mitglieder des Reichstages, 9 Mitglieder der Kontrollkommission, 8 Mitglieder des Parteivorstandes, 2 Referenten und je 1 Vertreter der Redaktion des „Vorwärts“ und der Firma Auer u. Co. in Hamburg. Stimmberechtigt waren also 394 Teilnehmer.

Das Resultat der Wahlen ist folgendes:

Für den Parteivorstand sind abgegeben 350 Stimmzettel. Gewählt ist: Bebel zum ersten Vorsitzenden mit 344, Singer zum zweiten Vorsitzenden mit 342, Gerlich zum Kassierer mit 344 Stimmen. Zu Schriftführern sind gewählt: Mollenhuth mit 348, Ebert mit 340, Pfannkuch mit 330, Müller mit 298 und als Beisitzerin Genossin Riez mit 331 Stimmen. — Ferner haben Stimmen erhalten: Frank zum ersten Vorsitzenden 1, Auer als Sekretär 1, außerdem Dittmann 1, Rudolph 5, Rosenfeld 1, Ditzmann 3, Stubbe 1.

Bei der Wahl der Kontrollkommission sind abgegeben 352 Zettel. Gewählt sind: Wod-Gotha mit 280, Braun-Königsberg mit 326, Brühne-Frankfurt a. M. mit 278, Ernst-Berlin mit 332, Ged-Offenburg mit 264, Raden-Dresden mit 279, Koenen-Hamburg mit 276, Timm-München mit 295, Jettin-Stuttgart mit 265 Stimmen. Es sind also die bisherigen Mitglieder der Kontrollkommission wiedergewählt. — Ferner haben Stimmen erhalten: Gais 68, Süßkeim 3, Borgmann 2, Westmeyer 2, Kolb 2, Frank 1, Wäsner 1, Fischer 1, Dittmann 1, Zubeil 1, Mohleder 1, Müller-München 1, Weims 1, Lehmann-Leipzig 1, David 1, Hilbrand 1.

Die Kontrollkommission teilt mit, daß sie die Genossen Wengels und Piepmann wieder zu Beisitzern für den Parteivorstand gewählt und den Bildungsausschuß in seiner bisherigen Zusammensetzung bestätigt hat.

Damit sind die Geschäfte des Parteitages beendet.

Wir haben jetzt eine angenehme Pflicht zu erfüllen, nämlich unsern Magdeburger Parteigenossen unsern herzlichsten Dank auszusprechen für die vielen Mühen und Arbeiten, die allein es ermöglichten, daß der Parteitag seine Geschäfte ordnungsgemäß erledigen konnte. Wir haben aber auch zu danken für die schöne Empfangsfeier und das Fest, das sie den Delegierten am Dienstagabend gegeben haben, an dem Musik, Gesang und Vorführungen auf Stunden die Parteitagsgeschäfte aufs angenehmste unterbrachen. Ferner gebührt ihnen und den Genossen in Halle Dank für das Arrangement des

Ausflugs in das schöne Bodetal, der auch vom schönsten Wetter begünstigt worden ist. Allen Teilnehmern an diesjährigen Parteitag wird Magdeburg in guter Erinnerung bleiben. (Beifall.)

Parteigenossen! Die Verhandlungen unseres Parteitages haben diesmal mehr als sonst die Aufmerksamkeit aller politischen Parteien Deutschlands erregt. Wenn die Urteile der Konservativen und der Zentrumspreffe uns auch kalt lassen, so liegt das daran, daß wir sie kennen. Wir wissen, daß sie uns verhöhnen und heruntersetzen, wo sie nur kann. Solche Urteile sind uns sehr angenehm, da sie verdeckte Wut kaum verbergen können. (Sehr gut!) Je mehr dort geschimpft wird, um so sicherer werden wir selbst; denn der Beweis ist erbracht, daß wir uns auf richtigem Wege befinden. (Sehr wahr!) Desto interessanter war dagegen das Verhalten der Liberalen. Sie haben auf etwas gehofft, das nicht in Erfüllung gegangen ist und nie in Erfüllung gehen wird. Ich werde darauf noch am Schluß meiner Ausführungen zurückkommen.

Parteigenossen! Unsere Tagung stand während des ganzen Verlaufs unter einer strengen Sachlichkeit, wenn auch einige aufregende Momente nicht vermieden werden konnten. Das liegt aber an unserem ureigenen Wesen, frei herauszusagen, was ist, und die Meinungsfreiheit nicht einzuschränken. (Sehr gut!) Daß dabei hier und da daneben gehauen wird, das ist menschlich und um so mehr begreiflich, als allen nur das Wohl der Partei am Herzen liegt. Kein Delegierter wird mit einem bitteren Gefühl im Herzen den Parteitag verlassen. (Sehr richtig!)

Ueber den Verlauf der Debatte über die Waiseier ist zu sagen, daß die Partei, die auch in früheren Jahren, den ersten Mai am würdevollsten durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern gedenkt, um den Protest gegen die Ausbeutung der Arbeiter durch den Kapitalismus am wichtigsten zu erheben und zugleich dem Kriegsmoloch ein Halt in seinem blutverwirrenden Treiben zuzurufen. Wir wissen recht wohl, daß die Arbeiter einer Nation allein nicht stark genug sind, um mit Erfolg jenem kulturmörderischen Unheil ein Ende zu bereiten. Aber die Zeit naht immer mehr heran, wo das gesamte Proletariat aller Länder stark genug sein wird, Kriege zwischen Kulturländern unmöglich zu machen. Dazu soll und wird die Waiseier dienen.

Das hat uns auch ganz besonders das Referat über den Internationalen Kongreß in Kopenhagen gezeigt. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Und der Wille der Proletarier aller Länder wird das vollbringen, was Ideologen im bürgerlichen Lager bislang als schönen Traum angesehen haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Auch der parlamentarische Bericht hat große und erhebende Momente gehabt, und die daran sich anschließende Diskussion zeigte uns die Uebel und die Schwächen unserer innerpolitischen und wirtschaftlichen Lage, als deren Hölle sich der Imperialismus im deutschen Elbet mit seiner verzühten Himmelsfreudigkeit und die kaum zu ertragende Not von Millionen Volksgenossen erwiesen. Dort das Erdentrübsinn, hier irdische Not, Leiden und Vergewaltigung in höchster Potenz, aber auch zugleich die feste Entschlossenheit unserer Partei, als Vertreterin der Armen und Elenden, dem toten Zustand ein Ende zu bereiten. Und das Volk wird uns in diesem Kampfe treu zur Seite stehen. (Bravo!)

Als ein weiteres gutes Zeichen unserer Entwicklung ist auch der freundliche Standpunkt unserer Partei zu der Konsumvereinsbewegung anzusehen. Wenn nicht alles künftighin, wird diese Bewegung inskande sein, den Arbeitern eine starke Stütze zu bilden im Kampf gegen Auswucherung und Ueberverteilung im täglichen Leben und dabei eine große erzieherische Wirkung ausüben. (Bravo!)